Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Einzelnummer 20 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 133 | Dresden, Sonnabend den 12. Juni 1920 | 31. Jahrg.

Der unabhängige Verrat

Berlin, 11. Juni. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Der Reichskanzler hat in Verfolg des ihm gewordenen Auftrages zur Kabinettsbildung an den Abg. Crispien von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Zur Lösung der mir gestellten Aufgabe wende ich mich zuerst an die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Wahlen brachten der U. S. P. 84 Mandate und machten sie damit zur zweitstärksten Partei des künftigen Reichstages. Die Beteiligung der U. S. P. an der Regierung ist deshalb das Nächstliegende. In unserer jungen deutschen Republik erscheint mir die Teilnahme der U. S. P. an der Regierung deshalb besonders notwendig, weil nur durch eine nach links hin verstärkte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen alle Angriffe von rechts verteidigt, reaktionäre Attentate auf den Achtstundentag und die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit abgewehrt werden können."

Reichskanzler Müller hat Abg. Crispien zu einer Besprechung, wobei er zum Schluß auf die Dringlichkeit der Regierungsbildung wegen der in Spa zu führenden Verhandlungen hinwies.

Auf dieses Schreiben ist noch am 11. Juni nachmittags eine Antwort der U. S. P., gez. Crispien, eingegangen, in der es heißt:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Im Auftrage des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei übermittle ich Ihnen folgende Antwort auf Ihre Einladung zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern unserer Partei in die neu zu bildende Regierung:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiedererrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziele gesetzt hat und die Niederhaltung des Proletariats den Militaristen neu belebt und stärkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat. Der Eintritt der U. S. P. in eine solche Regierung würde eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik bedeuten und wäre eine Preisgabe ihres Programms sowie ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern. Das Erstarken der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialistischen Kompromißpolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse und kann nur bekämpft werden durch eine grundsätzlich klare und konsequente sozialistische Politik, die die Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt. Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei kommt nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.

Durch diese Antwort dürfte wohl auch nach Ihrer Ueberzeugung die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein."

•

Präsident Fehrenbach beabsichtigt, den Reichstag am 24. Juni in Berlin zusammentreten zu lassen. Der Präsident hofft, daß bis dahin die Krisis überwunden ist.

• • •

Die Politik der Phrase

Wer gestern noch glauben konnte, die Unabhängigen seien plötzlich durch eine Anwandlung von Vernunft erleuchtet worden und die Freiheit habe die acht Bedingungen aus den Kappagen zitiert, um die Grundlagen des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung zu skizzieren, der sieht sich heute genarrt. Die Unabhängigen bleiben ihrer Politik der großen Phrase treu. Denn was Crispien auf Müllers Angebot geantwortet hat, ist weiter nichts als eine Vermehrung des reichhaltigen unabhängigen Phrasenschatzes, dem es auf die Wahrheit nicht so genau ankommt. Unter Ansporn und Leitung der Sozialdemokratie ist die Sozialisierung begonnen, ist ein Reichskommunalisierungsgesetz ausgearbeitet, sind der Achtstundentag und das Betriebsrätegesetz geschaffen worden — die Antwort des unabhängigen Zentralkomitees unterstellt uns nichtsdestoweniger ein Ziel, wie „die Wiedererrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft".

Dabei weiß dieselbe Partei sehr genau, wie alle einsichtigen Köpfe in ihren Reihen mehrfach erklärt haben: daß der Umformungsprozeß von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft ein Prozeß von längerer Dauer ist. Ein Prozeß, der nur dadurch abgekürzt werden kann, daß die sozialistische Arbeiterschaft gegen ihren kapitalistischen Gegner gemeinsam und geschlossen auftritt. Was die Unabhängigen treiben, heißt die Reaktion stärken, wie ihre ganze bisherige Nörgler- und Desperatopolitik den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse viel Wind in die Segel getrieben hat. „Ohne Januarputsch 1919 kein Märzputsch 1920, ohne Ledebour kein Lüttwitz."

Die leitenden Leute der Unabhängigen halten auch eine Verhandlung mit den leitenden Leuten der Sozialdemokratie über die Frage des Machtantritts für überflüssig. Sie wollen auf eine rein sozialistische Regierung warten, d. h. so lange, bis die Wähler einmal eine sozialistische Mehrheit ins Parlament bringen. Und wenn es zehn Jahre dauert — die Unabhängigen warten! Und wenn inzwischen die Reaktion wieder zur alten Macht emporsteigt — die Unabhängigen halten durch mit der Politik der großen Phrase! Sie werfen den Mehrheitssozialisten Verrat vor und wissen recht gut, daß links von ihnen kommunistische Parteien stehen, die die Unabhängigen des Verrats beschuldigen. Sie sind und bleiben die Partei der hohlen Schlagworte, die in Zeiten allgemeiner Not und Unzufriedenheit ihr Publikum finden können, die auf die Dauer aber sich an dieser Partei rächen müssen. Wenn's das allein wäre, so könnte man in Gelassenheit warten, aber diese Politik des nörgelnden Nichtstuns kann auch der Arbeiterschaft teuer zu stehen kommen. Dies ist das Gemeingefährliche dabei.

Man kann von allem, was Crispien gegen den Eintritt in die Regierung anführt, genau das Gegenteil sagen, nur daß dies logischer erscheint. Aber was sollen Rechnung und Gegenrechnung, nachdem über all das so viel Worte gewechselt sind? Damit kommt die Arbeiterklasse nicht weiter. Die letzte Wahl hat die Unabhängigen so gestärkt, wie sie es bisher immer als Voraussetzung ihres Eintritts in eine Regierung ansahen. Die Unabhängigen wissen, daß sie mit uns im Kabinett gegenüber den demokratischen Vertretern ein genügend starkes Gewicht bedeutet hätten, um die deutsche Politik energisch in sozialistischer Richtung vorwärtszutreiben. Die Unabhängigen hätten jetzt zu beweisen gehabt, was sie können. Hier ist Rhodus — hier tanze! Aber gerade vor diesem Rhodus haben die Unabhängigen eine eingewurzelte Scheu. Wenn sie Bedingungen gestellt hätten — gut! Aber sie fürchteten die Annahme der Bedingungen! Sie haben den Wählern so viel versprochen, sie haben den Mund so aufgerissen, daß sie die Angst vor der eignen Courage umklammert hält.

Die Unabhängigen werfen in Crispiens Antwort der Sozialdemokratie verblümten Verrat vor. Das hat man so oft gehört, daß es längst niemand mehr glaubt. Was aber tun die Unabhängigen in der Stunde ausschlaggebender Bedeutung? Sie bieten den Gegnern die Regierung an, die ganze Rüstung der Staatsgewalt, den ganzen Beamtenapparat und die gesamte militärische Macht. Sie müssen wissen, daß diese Machtpositionen, wenn sie aus unsern Händen in reaktionäre Fänge entgleiten würden, nur durch schwere Kämpfe und Opfer wieder zu gewinnen wären. Wenn also von einer linksradikalen Partei mit kalter Ueberlegung aus parteigeschichtlichen Gründen glatter Verrat an der werktätigen Bevölkerung verübt wurde, dann durch die unabhängigen Phrasenre in der gegenwärtigen Schicksalsstunde Deutschlands.

Die Sozialdemokratie wird sich weiter bemühen, von der gegenwärtigen Macht der werktätigen Bevölkerung und den Errungenschaften der Revolution zu sichern, was durch die geschickte Ausnutzung der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Möglichkeiten zu sichern ist. Der U. S. P. aber wird und muß der aus Feigheit verübte Verrat zum Unheil ausschlagen!

•

Der Sieg des Unsinns

Der Vorwärts schreibt: Die Unabhängigen haben durch Crispien jeden Eintritt in eine Linkskoalition abgelehnt, und dann die Bildung einer Rechtskoalition erzwungen. Der schüchterne Versuch der Freiheit, die Politik dieser Partei auf den Weg der Vernunft zu leiten, ist elend gescheitert und sie selbst tritt einen weinerlichen Rückzug an. Der Unsinn hat auf der ganzen Linie gesiegt und die Arbeiter werden die Kosten zu bezahlen haben. Um keinen Verrat an den Arbeitern zu begehen, liefern die Unabhängigen die politische Macht den Rechtsparteien aus. Sie begründen diesen Schritt mit einer Häufung von falschen Voraussetzungen und Unwahrheiten. Die Zukunft wird zeigen, ob die Arbeiterklasse unter einer Regierung, wie sie die Unabhängigen haben wollen, besser fahren als unter der jetzigen Koalitionsregierung. Statt einer sozialistischen Arbeiterregierung mit geringem linksbürgerlichen Einschlag bekommen wir eine sehr reaktionäre arbeiterfeindliche Regierung, in der jeder Einfluß der Arbeiterklasse vollkommen ausgeschaltet ist. Dank der genialen Politik der Linken in der Partei der Unabhängigen, dank dieser genialen Politik siegt Kapp. Dazu haben wir den Generalstreik gemacht, hat jeder einzelne von uns sein Leben in die Schanze geschlagen, damit die Unabhängigen ein Vierteljahr später den Parteien des Kapp-Putsches die Macht in die Hände spielen.

Kein Kabinett Müller

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 12. Juni. Amtlich wird gemeldet: Der bisherige Reichskanzler Hermann Müller hat seinen Auftrag zur Bildung eines Kabinetts heute dem Reichspräsidenten zurückgegeben. Der Reichspräsident hat nunmehr den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Heinze, zu einer baldigen Unterredung zu sich gebeten.

Aufhebung des Ausnahmezustandes

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 12. Juni. Amtlich wird gemeldet: Der Reichspräsident hat auf Antrag der preußischen Regierung nunmehr die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Ruhrrevier verfügt. Die Verordnung wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden. Als Tag des Außerkrafttretens ist der 17. Juni bezeichnet. Die Ablieferung der Waffen wird hiervon nicht berührt. Ferner hat der Reichspräsident die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Schlesien angeordnet.

Revolution in Italien

Eigene Drahtmeldung

Basel, 12. Juni. Der Piccolo meldet: In Apulien ist die Revolution ausgebrochen. In Bari haben die Aufständischen die Oberhand gewonnen und der königlichen Garde schwere Verluste zugefügt. Die Aufrührer unterhalten von den Dächern aus ein ununterbrochenes Feuer auf die Truppen, die sich vorübergehend zurückgezogen haben. Der Kommandeur der königlichen Garde hat an die Aufrührer ein Ultimatum gerichtet, sich zu ergeben, widrigenfalls er die Stadt durch Artillerie beschießen würde.

Neueste Telegramme

Die Bergarbeiter wollen mehr Kohlen fördern

Dresden, 12. Juni. In Zwickau fand am 9. Juni im Beisein von Vertretern der Regierung und andrer Behörden eine Konferenz der bergbaulichen Betriebsräte mit dem Bergarbeiterverband und dem Bergbaulichen Verein statt, die sich mit dem Verfahren der achten Schichtstunde im Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier beschäftigte. Nach eingehenden Verhandlungen sprachen sich die Vertreter der Bergarbeiter grundsätzlich für die achte Schichtstunde aus. Die endgültige Beschlußfassung soll jedoch den Bergarbeitern selber überlassen werden, die in großen Versammlungen zu dieser Frage vorher Stellung nehmen sollen. Nach den Versammlungen sollen allgemeine Abstimmungen entscheiden. Der Arbeitsminister ist eingeladen worden, an diesen Versammlungen teilzunehmen, und wird voraussichtlich, soweit es seine Dienstgeschäfte gestatten, der Einladung Folge leisten.

Polnische Siegesmeldungen

Kopenhagen, 12. Juni. Einem Telegramm aus Warschau zufolge teilt der polnische Generalstabsbericht mit: Auf dem nördlichen Frontabschnitte drängen die polnischen Heere trotz dem Widerstande des Feindes siegreich vor. Es wurden zahlreiche Gefangene gemacht und über 100 Maschinengewehre und eine große Menge Kriegsmaterial erbeutet. Um die sich zurückziehenden Hauptmassen auf dem nördlichen Kampfplatze zu entlassen, haben die Bolschewisten mit größeren Streitkräften einige Punkte in der Mitte der Beresina angegriffen, um den Fluß zu überschreiten. Auf der Front zwischen dem Dnjepr und Dnjester entwickeln sich lokale Kämpfe mit gutem Erfolg für die Polen.

Der Völkerbund als Friedensvermittler

Amsterdam, 12. Juni. Einer Londoner Meldung zufolge wird in der Sitzung des Völkerbundrats, bei der der Unterrichtsminister Fisher, England vertreten wird, über das Ersuchen Persiens, betr. die Besetzung Enzelis durch die Bolschewisten, verhandelt werden. Frankreich wird durch Bourgeois vertreten sein. Es ist dies die erste Sitzung des Völkerbundrates, in der dieser auf dringendes Ersuchen eines Mitgliedes als Friedensvermittler auftreten wird.

Der Pariser Korrespondent der Times meldet: In gutunterrichteten Kreisen wird erklärt, die Botschafterkonferenz habe den König von Belgien ersucht, als Schiedsrichter zwischen der Tschechoslowakei und Polen in der Teschener Frage aufzutreten. Eine Antwort des Königs sei noch nicht eingegangen. — Dem Telegraaf zufolge wird der Völkerbundrat über den Bericht Dr. Nansens, betr. die noch in Sibirien und Deutschland weilenden Kriegsgefangenen, beraten. Ferner hält man es für möglich, daß der Rat sich auch mit den polnisch-tschechischen Differenzen, betr. Teschen, befassen wird.

Verhinderte Regierungsbildung

Braunschweig, 11. Juni. Die U.-S.-P.-D.- und die S.-P.-D.-Fraktionen des Braunschweiger Landtages haben beschlossen, zusammen eine Regierung zu bilden. Es ist von ihnen folgendes gemeinsame Programm festgesetzt worden:

Um dem Willen des Volkes, wie er bei den Landtagswahlen vom 16. Mai 1920 zum Ausdruck gelangte, Rechnung zu tragen, vereinbaren die Landtagsfraktionen der S. P. D. und der U. S. P. D., folgende Herren zu Ministern zu wählen: Von der U. S. P. D. Oerter, Junke, Stewers, von der S. P. D. Steinbrecher, Antrick. Ferner vereinbaren die beiden Fraktionen folgendes: **Das Erfurter Programm soll die Grundlage des Zusammengehens** beider sozialistischen Parteien bilden. Sie kämpfen **nicht für neue Klassenprivilegien** und Vorrechte, sondern für die **Abschaffung der Klassenherrschaft** und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller. Ein Eintreten für die sofortige **politische Räteherrschaft** oder die Vor- und Gewaltherrschaft einer Minderheit ist in Braunschweig **ausgeschlossen.** Ein politisches Rätesystem kann in Deutschland nur durch den Mehrheitswillen des Volkes eingeführt werden, nachdem die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat.

Die Parteien **verwerfen jede gewaltsame Putschtaktik** und treten ein für volle Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Für die **positive Arbeit** im Ministerium sollen im allgemeinen die Grundsätze als Richtlinien gelten, wie sie in der Braunschweiger Freiheit vom 29. April 1920 unter 1 und 12 zusammengefaßt sind, **soweit sie dem Erfurter Programm nicht widersprechen** und gegenwärtig zu verwirklichen sind. Die Leitung des Ministeriums [illegible]